



Vorsorgeforum

Der Newsletter zur 2. Säule

379 18.3.2019

[BVG-Aktuell](#) / [Termine](#) / [Links](#) / [Themen](#)



Newsletter als **pdf** zum
Herunterladen und
Ausdrucken

KOMMENTAR

Strukturwandel

Roger Baumann und Livio Forlin von c-alm haben eine höchst aufschlussreiche und anregende Studie zum Thema «Wettbewerb in der beruflichen Vorsorge verfasst, die viel Aufmerksamkeit gefunden hat - leider aus dem falschen Grund.

Grosse Aufregung lösten die aufgeführten 309 Mio. Franken für Makler und Broker bei Kassensturz und PK-Netz aus, was in diversen Medien unweigerlich zum Begriff «Abzocke» führte. Allerdings reduziert sich der Betrag bei genauerem Lesen (inkl. Fussnote) auf 177 Mio. Doch der Kassensturz-Moderator hat sich gegen besseres Wissen über die scheinbar interessantere, weil grössere Zahl ausgelassen, womit mehr über die Qualität unserer TV-Information ausgesagt ist als über das Broker-Gewerbe.

Die im Kassensturz gleich zwei Mal aufgegriffene Thematik (inklusive einem Schlenker in Richtung der ungeliebten Assekuranz, deren Verband der Moderator wie weiland Robin Hood bei der Jagd auf den räuberischen Adel im Lederwams aufsuchte) bildet in der c-alm Studie jedoch nur ein Gegenstand unter zahlreichen anderen. Es geht primär um die Durchführung der beruflichen Vorsorge unter marktmässigen, d.h. Konkurrenzbedingungen. Die Wichtigkeit der damit aufgeworfenen Fragen lässt sich daran ermessen, dass aktuell bereits 71 Prozent der Aktiven in Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen versichert sind.

Allerdings sind dabei auch grosse öffentliche Kassen enthalten wie etwa die Publica oder die kantonalen Kassen von Zürich, Basel-Stadt oder St.Gallen, die nur bedingt mit den im Markt aktiven SGE zu vergleichen sind, da sie überwiegend die Angestellten eines Arbeitgebers, nämlich des Bunds oder der Kantone versichern, unter bestimmten Voraussetzungen aber externe Anschlüsse zulassen, dies aber ohne Brokerbeteiligung.

Werden nur die am Markt tätigen und mit Brokern arbeitenden SGE erfasst, reduziert sich der Anteil gemäss der uns von c-alm zur Verfügung gestellten Zahlen auf 66 bis 69 Prozent der Aktiven. c-alm geht dabei von den gemeldeten Beträgen in ihrem SGE-Sample aus und rechnet auf dieser Basis die Zahl der Aktiven aller Einrichtungen mit Brokerzahlungen hoch. Das BFS erfasst diese Daten leider nicht.

Eine qualitativ entscheidende Differenz zu den erwähnten 71 Prozent ergibt sich daraus nicht. Mindestens zwei Drittel aller Versicherten sind demnach heute in Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht, die auf dem Markt und unter

Wettbewerbsbedingungen miteinander konkurrieren. Baumann und Forlin haben dazu eine Reihe von Überlegungen angestellt, die eine vertiefte Diskussion verdienen, hier aber bloss erwähnt werden können. Es sind dies neben der Problematik der Broker-Entschädigung der Konzentrationsprozess, die Auswirkungen des Wettbewerbs auf Vorsorgepläne und Anlagestrategie, die Ein- und Austrittsbedingungen, der Individualitätsgrad und die Behandlung der Rentnerbestände.

Die Tatsache, dass heute die Mehrheit der Destinatäre nicht mehr in einer klassischen Firmen-Pensionskasse versichert wird, ist Folge des laufenden Konzentrationsprozesses, der über die Aufgabe der Selbständigkeit kleinerer und zunehmend auch mittelgrosser Kassen in der Regel mit einem Anschluss an eine SGE läuft. Die Extrapolation dieser Entwicklung auf die kommenden Jahre dürfte zu einem Rückgang der Zahl aller Kassen bis 2027 auf schätzungsweise noch rund 1000 Einheiten führen. Davon gerade noch 250 firmeneigene Einrichtungen. Obwohl einst das BVG mit Blick auf diese autonomen Firmenkassen entwickelt wurde, bilden sie schon bald eine kleine Minderheit.

Baumann und Forlin erkennen im Konzentrationsprozess das Potenzial für Effizienzgewinne. Sie schreiben aber auch: «Die Konsolidierung birgt aber auch Gefahren. (...) Die Bereitschaft des Arbeitgebers, in Krisenzeiten für die Pensionskasse einzustehen, wird somit schwinden. Es ist ferner anzunehmen, dass durch das reduzierte Interesse der Arbeitnehmenden und das abnehmende Verantwortungsbewusstsein der Arbeitgeber auch das Leistungsniveau der Vorsorgepläne eher abnehmen wird.»

Es ist bemerkenswert, wie wenig diese bedeutsame Entwicklung in der Diskussion um die Zukunft der 2. Säule thematisiert wird. Und erst recht fehlt es an Überlegungen und offenbar auch an der Motivation, Gegensteuer zu geben. Würde der Konzentrationsprozess lediglich zur Bildung grösserer autonomer Einheiten führen, wäre die Entwicklung unproblematisch. Durch den Konzentrationsprozess bei den SGE verändert jedoch die 2. Säule grundsätzlich ihren Charakter.

Absehbar werden uns die Themen SGE und damit verbunden jenes der Broker künftig noch intensiver beschäftigen. Nachdem von Verbandsseite man die Probleme bisher weitgehend ignoriert oder bagatellisiert hat, scheint uns der plötzliche Ruf nach gesetzlicher Regelung übereilt.

Dringender als die Frage der Honorierung dünkt uns jene der Qualitätssicherung bei der Beratung. Wenn, wie Roger Baumann es formulierte, eine fachlich kompetente Beratung eher die Ausnahme als der Normalfall sein sollte, so wäre primär hier anzusetzen. Auf welche Weise die Leistung schliesslich entschädigt wird, ist zweitrangig.

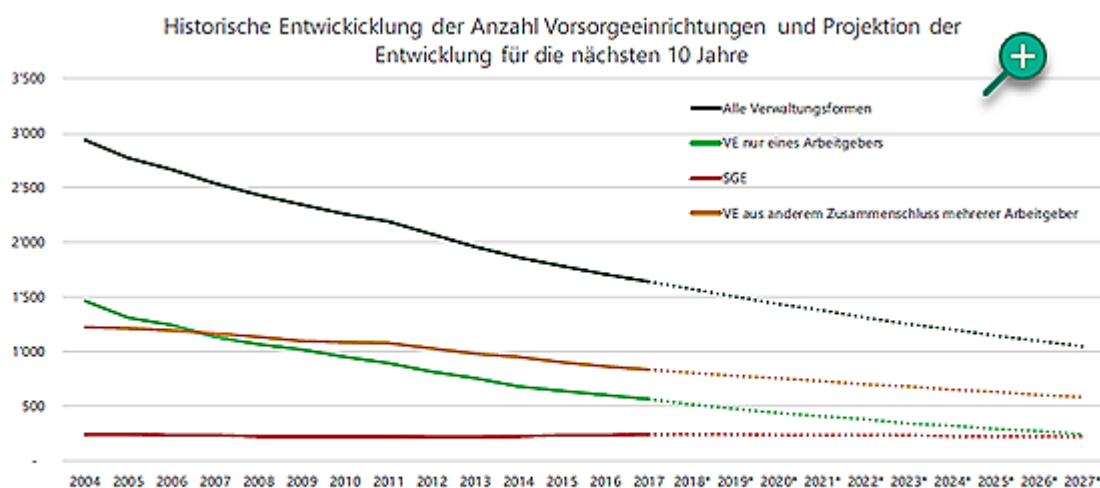
Peter Wirth, [E-Mail](#)



SAMMELSTIFTUNGEN UND BROKER

c-alm Studie zum Wettbewerb in der beruflichen Vorsorge

6. März 2019



Darstellung 1: Historische Entwicklung der Anzahl Vorsorgewerke und 10-jährige Projektion. Quelle: Eigene Darstellung mit Daten des BFS (2019).

Roger Baumann und **Livio Forlin** von c-alm haben eine ausführliche Studie zum Thema "Wettbewerb in der beruflichen Vorsorge" erstellt. Dabei geht es auch um die Rolle der Broker im Zusammenhang mit der stark wachsenden Bedeutung der Sammel- und Gemeinschaftsstiftungen. Im Vorwort zur Studie schreiben die Autoren:

Die schweizerische zweite Säule hat in den vergangenen Jahren einen Konsolidierungsprozess durchlaufen. Inzwischen sind **71% der aktiven Versicherten** in Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen versichert, deren Bedeutung stark zugenommen hat – und dieser Trend hält an.

Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen müssen für kontinuierliches Wachstum ihre **Leistungsparameter wettbewerbstauglich** festlegen. Nicht immer ist dadurch die nachhaltige Finanzierung sichergestellt. Sie sind zudem in ihrer Aussendarstellung **auf Vermittler angewiesen**, die aufgrund der Komplexität des Vorsorgeangebots für die Unternehmen unverzichtbar

geworden sind – teilweise aber im BVG wenig ausgebildet und durch das vorherrschende **Entschädigungssystem zweifelhaft incentiviert sind**.

Zudem positionieren sich Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen mit unterschiedlichem Individualitätsgrad im Wettbewerb, um die verschiedenen Bedürfnisse der Unternehmen umsetzen zu können. Diese unterschiedliche Gestaltung der Solidaritäten führt zu teils **komplizierten Risikoeinheiten**, die von Führungsorganen und Pensionskassenexperten oft zu wenig beachtet werden. So sind von den 15 grössten Insolvenz-Schäden für den Sicherheitsfonds der letzten 18 Jahre, welche zusammen 80% aller **Insolvenz-Schäden des Sicherheitsfonds** überhaupt ausmachen, 12 auf Insolvenzen von Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen zurückzuführen.

Diese verschiedenen Themen haben dazu geführt, dass Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen in den letzten Jahren zunehmend in den **Fokus der Aufsicht**, der Medien und letztlich auch der Politik gerückt sind.

Die vorliegende Studie thematisiert die **Mechanismen im Wettbewerb** sowie die damit verbundenen Anreize und Risiken. Das Ziel der Studie ist es, den Führungsorganen von Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen in der Auseinandersetzung mit ihren strategischen Fragestellungen Impulse zu geben und die in der Regulierung nötigen Anpassungen zu forcieren.

 [Studie c-alm](#) /  [VPS-Roundtable mit Brokern](#) / [Uttinger zum Broker-Problem](#) / [Stellungnahme ASIP](#)

Broker-Business im Kassensturz

6. März 2019



Der Kassensturz hat im Zusammenhang mit einer von der c-alm verfassten Studie das Thema Broker und Provisionen in der beruflichen Vorsorge aufgegriffen.

Zum Wort kommt in einem Interview ausführlich **Hanspeter Konrad**, Direktor des ASIP. Er bestätigt die Aussagen des Kassensturz-Films weitgehend und kritisiert ebenfalls das heutige System und stellt sich explizit gegen Provisionen.

Vorgesehen ist die Einsetzung eines **runden Tisches** durch den ASIP mit den Brokern, an welchem Lösungen erarbeitet werden sollen. Es gelte dann, einen Weg zu finden, diese politisch umzusetzen mit entsprechenden Gesetzen und Verordnungen.

Markus Lehmann vom Branchenverband SIBA widerspricht der Aussage, Broker würden nach Höhe der Provision und nicht nach den Interessen der Pensionskassen entscheiden. Das dürfe nicht sein. Zudem bezweifelt er die mehrfach genannte Zahl von jährlich 300 Mio. Franken, welche Broker einnehmen würde. Es sei bloss die Hälfte.

 [Kassensturz](#) / [Kritik Konsumentenforum](#)  [SRF](#) / [SIBA](#)



**Sammel- und
Gemeinschaftseinrichtungen**

Tagung für Geschäftsführer, Stiftungsräte und Kadermitarbeitende
zu aktuellen Fragen

Donnerstag, 23. Mai 2019, Zürich Flughafen

NEU
Infos und
Anmeldung unter
www.vps.ch

Broker im Zwielficht

9. März 2019

Michael Ferber schreibt in der NZZ zum "Rummel um die Rolle von Versicherungsbrokern in der beruflichen Vorsorge":

Der Verband Swiss Insurance Brokers Association (**Siba**) hat dazu am Freitag Stellung genommen. Dabei geht es unter anderem um die erwähnten **309 Mio. Fr. an Aufwendungen**. In dieser Berechnung seien Kosten für den eigenen Aussendienst der Pensionskassen und weitere Vertriebskosten enthalten, folglich sei diese Zahl **über 40% zu hoch**, heisst es in der Mitteilung.

Die Siba-Broker schufen **Transparenz**, wodurch die Preise für Vorsorgeleistungen sanken. Davon wiederum profitierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das **Courtage-Modell** rechtfertigt der Verband damit, dass mit dem Abschluss der Vorsorgelösung die Arbeit für den Broker im

Normalfall noch lange nicht getan sei – er überwache anschliessend das vertragliche Geschehen und berate Arbeitgeber wie Arbeitnehmer laufend.

Dietmar Praehauser, Pensionskassenexperte bei der Beratungsgesellschaft Libera AG, sieht das Modell kritisch. Einige Broker böten die Beratung auch auf Honorarbasis an oder legten ihre Courtagen zumindest offen – dann sei es am Kunden, das Modell zu hinterfragen. Er kann sich durchaus vorstellen, dass es in diesem Bereich **neue gesetzliche Regelungen** geben könnte. Angesichts der jüngsten Medienberichte dürften Politiker auf das Thema aufmerksam werden.

[weiterlesen ...](#)

SRF Kassensturz: Provisionen und Versicherer

13. März 2019



Im Kassensturz vom 5.3.19 wurde das Thema Vermittlerprovisionen aufgegriffen, nachdem in einem Papier von c-alm erstmals Zahlen zum Umfang der Entschädigungen publiziert wurden.

In der Sendung vom 12.3. wurde der Haltung der Versicherer nachgegangen. Laut Darstellung von Kassensturz sind alle grossen autonomen Sammelstiftungen gegen das Provisionsmodell, die Versicherer wollen sie weiterhin beibehalten und dem Kunden die Wahl geben, ob er alle Vermittlerkosten selbst übernehmen oder über Courtagen abwickeln will.

Direktor Hanspeter Konrad hat sich klar gegen Provisionen ausgesprochen, der ASIP hat dies in einer entsprechenden Mitteilung bekräftigt.

[Kassensturz](#) / [c-alm](#) / [Kassensturz](#) 5.43 / [Kritik des Konsumentenforums](#) am TV-Beitrag / [NZZ](#) / [ASIP](#)



MEDIEN

VPS-Preis 2020

11. März 2019



VPS-Preis

Der VPS Verlag, Herausgeberin der Schweizer Personalvorsorge, schreibt den VPS-Preis 2020 aus. Dazu wird ausgeführt:

Der VPS will jenen Personen und Organisationen, welche die Schlagworte Gestaltungsfreiheit und Gestaltungsverantwortung im Sinne der Versicherten ernst nehmen und in einer sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit auch umsetzen, die nötige Beachtung und die verdiente Wertschätzung geben. Der VPS-Preis unterstützt dieses Anliegen und leistet einen positiven Beitrag zur öffentlichen Diskussion über die berufliche Vorsorge.

Die Unterlagen müssen bis 23. August eingereicht werden. Ein Nominierungskomitee mit prominenten Persönlichkeiten der 2. Säule wählt aus den Kandidaten die Preisträger. Die Preisträger und ihre Leistungen werden in der Dezemberausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» vorgestellt. Anschliessend erhalten die Leser Gelegenheit, in einer Online-Umfrage unter den Preisträgern den VPS-Preis der Leserschaft zu verleihen. Die Preisübergabe findet am 3. Juni 2020 in Zürich statt.

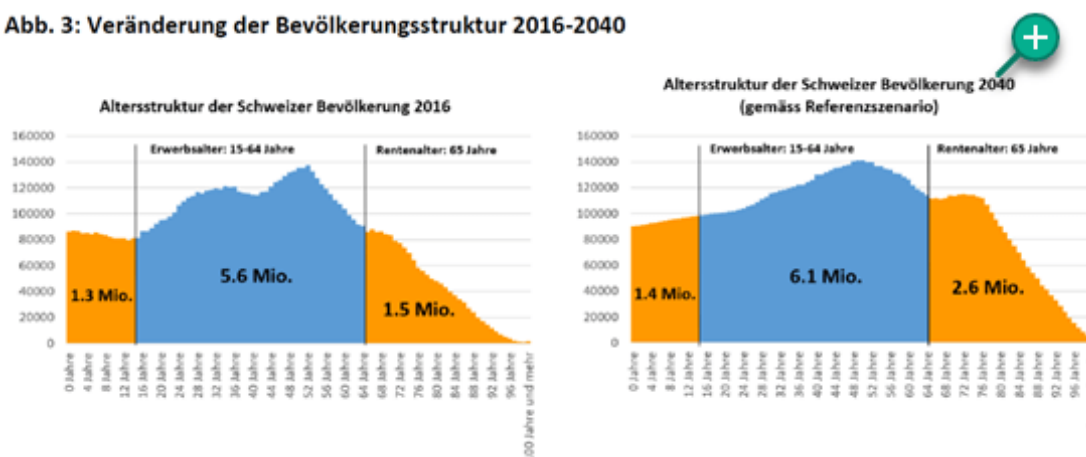


RENTENREFORM

NUR EINE SCHRITTWEISE ERHÖHUNG DES RENTENALTERS KANN DIE NACHHALTIGKEIT DER SCHWEIZER ALTERSVORSORGE SICHERN

6. März 2019

Abb. 3: Veränderung der Bevölkerungsstruktur 2016-2040



Aymo Brunetti, früherer Chefökonom des Bundes und jetzt Professor für Volkswirtschaft an der Uni Bern, hat in einem betont allgemein verständlichen Diskussionspapier das Offenkundig ausgesprochen: die Erhöhung des Rentenalters ist unumgänglich. Der Untertitel seiner Studie: Ein analytisches Plädoyer, sich vom fixen Rentenalter zu verabschieden. Im Vorwort schreibt er:

Die Finanzierung der Schweizer Altersvorsorge ist bereits heute in gehöriger **Schiefelage** und die Situation wird sich in den kommenden Jahren noch deutlich verschlechtern. Zentrale Ursache für diese Entwicklung ist, dass in dem System etwas Entscheidendes **dynamisch** ist, nämlich die Lebenserwartung und etwas Anderes, – ebenso Entscheidendes – **starr**, nämlich das Rentenalter.

Dadurch muss sich die **Finanzierungssituation** mit jedem zusätzlich gewonnenen Monat an durchschnittlicher Lebenserwartung verschlechtern, weil mehr ausgezahlt, aber nicht mehr einbezahlt wird. Diese Dynamik wird in den nächsten 10 Jahren noch dadurch verschärft, dass die geburtenstarken Jahrgänge der **Babyboomer** pensioniert werden.

Die natürliche **Lösung des Problems** ist, dass man das starre Element dynamisiert. Und das heisst, dass das Rentenalter proportional mit der Erhöhung der Lebenserwartung ansteigen muss. So logisch das vom System her ist, so wenig wurde diese Lösung bisher in der Reformdiskussion überhaupt nur ernsthaft erwogen.

Das vorliegende Papier erläutert, warum es höchste Zeit ist, dies zu ändern. Will man die Nachhaltigkeit der Altersvorsorge sichern, ist eine **schrittweise Erhöhung des Rentenalters** bei weitem der zielführendste Ansatz. Es wird gezeigt, warum oft gehörte **Gegenargumente** nicht stichhaltig sind und es wird dabei insbesondere detailliert erläutert, dass die Befürchtung, es werde nicht genügend Arbeitsplätze für die über-65-Jährigen haben, jeder empirischen und konzeptionellen Grundlage entbehrt.

 [Diskussionspapier Brunetti](#)

"Sozialpolitischer Gottesdienst"

6. März 2019

Hansueli Schöchli, stets schwer zu täuschen wenn versucht wird, mit politischer Vernebelungstaktik schlichte Fakten zu ignorieren und dazu mit einem eleganten Schreibstil und einer guten Portion Ironie gesegnet, hat sich mit Blick auf das Arbeitspapier von **Aymo Brunetti** in der NZZ zur Frage des **Rentenalters** geäußert. Auszüge:

Im Dossier Altersvorsorge hält die Bundespolitik seit langem einen Gottesdienst ab. **Die zentrale Predigt:** Du sollst das allgemeine Rentenalter nicht erhöhen. Was der Bund nicht zu sagen wagt, wagt nun der ehemalige Chefökonom des Bundes Aymo Brunetti. Er ist heute Wirtschaftsprofessor an der Universität Bern und sagt in einem neuen Papier das Ketzerische: Angesichts der ständig steigenden Lebenserwartung sei die Erhöhung des Rentenalters der «logische Ansatzpunkt».

Bei der Gründung der AHV **1948** hatten 65-Jährige eine zusätzliche Lebenserwartung von 12 bis 13 Jahren im Durchschnitt, heute sind es etwa 21 Jahre, und in drei Jahrzehnten werden es laut Bundesprognose etwa 25 Jahre sein. 1948 gab es über sechs Erwerbstätige pro Rentner. Heute sind es noch gut drei, und in drei Jahrzehnten werden es laut Bundesprognose noch etwa zwei sein. (...)

Als mögliches Modell zitiert Brunetti den Vorschlag eines deutschen Ökonomen, wonach das Verhältnis zwischen **Lebensarbeitszeit und Lebensfreizeit** bei etwa 2:1 bleiben solle; steigt die Lebenserwartung um ein Jahr, müsste das Rentenalter um acht Monate steigen. Doch so etwas ist in der Schweiz noch nicht mehrheitsfähig.

Und dies nicht wegen der Ausrede in Sachen Arbeitsmarkt, wie Brunetti betont: «Letztlich geht es wohl oft eher darum, in Zukunft mehr Freizeit zu geniessen und andere (Jüngere!) die finanziellen Konsequenzen tragen zu lassen.» Aber das will im Bundesberner Gottesdienst keiner hören.

 [NZZ](#)

Outsourcing heisst Umsetzung

www.slps.ch

Pension Services AG



PENSIONSKASSEN

PK Zürich mit neuer Kommunikations-Strategie

13. März 2019

pensionskasse STADT ZÜRICH persoenlich.com berichtet über die neue Kommunikationsstrategie der Pensionskasse der Stadt Zürich.

Die Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) hat ihre **Kommunikationsstrategie** überarbeitet. Um die Basis für deren zukunftsorientierte Ausrichtung zu schaffen, wurde **Open up** für die Konzeption und Umsetzung eines **Markenworkshops** beauftragt. Das schreibt die Agentur in einer Mitteilung. Ziel des Workshops sei es, die Positionierung der städtischen Pensionskasse gegenüber den Anspruchsgruppen zu schärfen und sich der Kompetenzen, Werte sowie der Tonalität der Marke bewusst zu werden.

Die Partner Kilian Borter und Melanie Schneider führen die 14 Mitarbeitende der Kommunikations- und PR-Agentur Open up, die 2001 in Zürich gegründet wurde. Schwerpunkte sind strategische Markenpositionierung, Content-Strategien und interne Krisenkommunikation.

 [persönlich](#)

Phoenix in der Asche

11. März 2019

Newsnet berichtet über die Probleme bei der Sammelstiftung Phoenix, deren Stiftungsrat von der Aufsicht abgesetzt wurde, was per Gerichtsbeschluss aber rückgängig gemacht wurde, wogegen wiederum die OAK beim Bundesgericht Beschwerde eingelegt hat. Im Zwielficht steht der Unternehmer Serge Aerne, als "Initiant" der Phoenix und einer weiteren

Pensionskasse bezeichnet, der verdächtigt wird, private Interessen mit jener der Vorsorgeeinrichtungen vermischt zu haben. Im Artikel von TA und weiteren Zeitungen heisst es:

Aerne hat mit der Sammelstiftung Phoenix aber auch eine Vorsorgeeinrichtung unter anderem für kleine und mittlere Betriebe initiiert, die seit 2013 operativ tätig ist. Offenbar hat er seine Rollen als Geschäftsmann und bei der Phoenix **in fragwürdiger Weise** vermischt. Denn die Aufsicht beanstandet eine Vielzahl von Mängeln. Laut internen Dokumenten wurden Interessen unzureichend offengelegt, Geschäfte der Stiftung mit Unternehmen, die mit Aerne verbunden sind, sollen Verluste verursacht haben. Zudem weist der Vorsorgepool «Solid» einen alarmierend tiefen Deckungsgrad von 76,4 Prozent aus.

Die **kantonale Aufsicht** reagierte und setzte mit dem **Stiftungsrat** das oberste Organ ab. Nun tobt ein Kampf um die Kontrolle der Phoenix. Gemäss einem Gerichtsbeschluss kann der Stiftungsrat in diesen Tagen die Leitung wieder übernehmen. Dagegen wehrt sich die eidgenössische **Oberaufsicht** Berufliche Vorsorge mit einer Beschwerde, die sie kürzlich beim **Bundesgericht** eingereicht hat. Die Aufsichtsstellen äussern sich nicht zum laufenden Verfahren.

«Der Fall der Pensionskasse Phoenix zeigt exemplarisch, zu welchen Missständen es bei Sammeleinrichtungen kommen kann», sagt Urban Hodel, Geschäftsleiter des PK-Netzes, das Arbeitnehmende in der zweiten Säule vertritt. Die Aufsicht habe zu wenig Möglichkeiten einzugreifen. «Das macht es schwierig, Interessenkonflikte zu unterbinden, mit erheblichen Risiken für die Versicherten.» Klartext spricht der erfahrene Pensionskassenexperte und Rechtsanwalt **Martin Hubatka**, der den Fall kennt: «Die Sammelstiftung Phoenix muss so rasch wie möglich **liquidiert** werden», sagt er.



Teilhabe an unserer Expertise und Erfahrung aus einer Hand.

Wählen Sie unsere Lösungen für die Führung Ihrer Pensionskasse.

swisscanto-vorsorge.ch



KAPITALANLAGEN

UBS PK-Performance Februar 2019

13. März 2019

Monatsperformance

Kapitalgewichtet, nach Gebühren, in Prozent

	PK unter 300 Mio.	PK 300 Mio. bis 1 Mrd.	PK über 1 Mrd.	PK alle
Mrz 2018	-0,05	-0,13	-0,05	-0,07
Apr 2018	1,39	1,07	0,97	1,17
Mai 2018	-0,64	-0,38	-0,29	-0,45
Jun 2018	0,10	0,12	0,16	0,12
Jul 2018	1,27	1,14	0,94	1,13
Aug 2018	-0,69	-0,40	-0,34	-0,50
Sep 2018	0,14	0,14	0,07	0,12
Okt 2018	-1,67	-1,51	-1,38	-1,53
Nov 2018	-0,13	-0,03	0,18	0,00
Dez 2018	-2,46	-2,13	-1,64	-2,10
Jan 2019	3,34	3,08	2,72	3,08
Feb 2019	1,33	1,29	1,05	1,23
Jahr 2019	4,71	4,41	3,80	4,35

Quelle: UBS

- Nachdem die Finanzmärkte im Februar den Aufwärtstrend fortsetzten, ist die kumulierte Performance der Pensionskassen wieder auf dem Niveau von vor den Kursstürzen Ende 2018.
- Die Pensionskassen in unserem Sample erzielten im Februar eine durchschnittliche Performance von 1,23% und seit Jahresbeginn 4,35% nach Gebühren.
- Die kleinen Pensionskassen mit weniger als CHF 300 Mio. verwalteten Vermögen schnitten am besten ab mit 1,33%, gefolgt von den mittleren mit verwalteten Vermögen zwischen CHF 300 Mio. und CHF 1 Mrd. mit 1,29%. Die grossen Vorsorgewerke mit mehr als CHF 1 Mrd. liegen mit 1,05% auf dem dritten Platz.

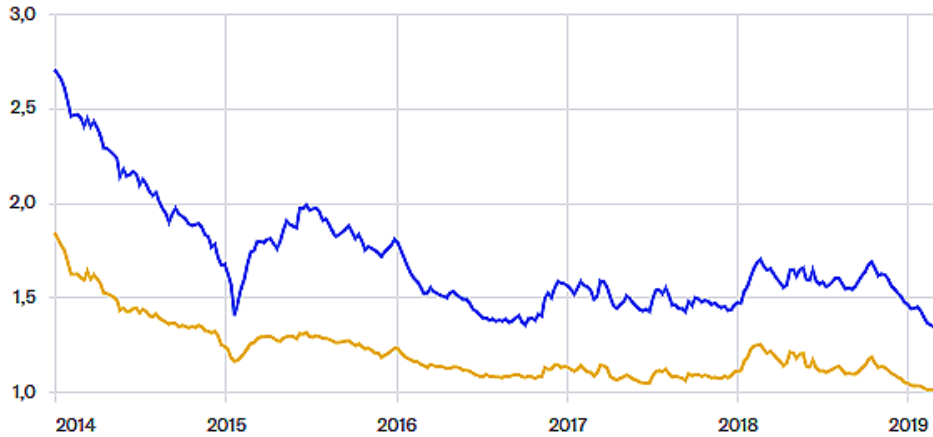
 [UBS PK-Performance](#)

NZZ: Hypotheken sind günstiger denn je

13. März 2019

Durchschnittliche Richtsätze, in %

— Festhypothek 10 Jahre — Festhypothek 5 Jahre



Quelle: Vermögenspartner – Grafik: msf

Dass gleich eine Reihe von Anbietern Richtsätze für zehnjährige Hypotheken von 1% oder darunter publiziert, habe es so noch nicht gegeben, sagt Florian Schubiger von Vermögenspartner zur NZZ. Unter den günstigsten Anbietern finden sich neben Banken auch verschiedene Pensionskassen und Versicherungen, [wie der Vergleich von Vermögenspartner zeigt](#). Das heizt den Wettbewerb unter den Marktteilnehmern an.

Von einem Zwischenhoch vor fünf Monaten ist der durchschnittliche Richtsatz für zehnjährige Hypotheken stetig gesunken. Damals hatte er fast bei 1,7% gelegen, nun beträgt er nur noch 1,3%. Etwa halb so stark ist dieser Wert im gleichen Zeitraum bei den fünfjährigen Laufzeiten gesunken, nämlich von 1,18% auf 0,98%. Hier weist beispielsweise die St. Galler Pensionskasse einen Richtsatz von 0,61% aus, gleich mehrere Anbieter verlangen 0,68%. (...)

Nur 2016 waren die Zinsen noch tiefer

Rendite der zehnjährigen generischen Schweizer Staatsanleihe, in %



Quelle: Factset – Grafik: msf

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) tut sich derzeit schwer damit, in dieser Gemengelage die Zinsen zu erhöhen. In den vergangenen Monaten sind die Zinsen für Schweizer Staatsobligationen massiv gesunken. Zehnjährige Schweizer Staatspapiere brachten am 12.3.19 eine Rendite von $-0,36\%$, am 8. März war sie sogar bis auf $-0,38\%$ gesunken. Am 10. Oktober vergangenen Jahres hatte die Rendite auf einem vorübergehenden Hoch $0,17\%$ betragen.

Die Chancen, dass sich die Hypothekenzinsen noch eine Weile auf einem ähnlich tiefen Niveau bewegen wie in den vergangenen Monaten, sind vor diesem Hintergrund recht hoch. Allerdings besteht für Immobilienkäufer die Gefahr, dass die Liegenschaftspreise durch die ultratiefen Zinsen erneut angeheizt werden.



SNB-Bilanz, Negativzinsen und Pensionskassen

5. März 2019

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK
BANQUE NATIONALE SUISSE
BANCA NAZIONALE SVIZZERA
BANCA NAZIUNALA SVIZRA
SWISS NATIONAL BANK

Zum Jahresergebnis 2018 der Schweizerischen Nationalbank und dem Stand der Negativzinsen schreibt Daniel Zulauf in der Luzerner Zeitung:



"Zwar schoben die **Pensionskassen** in den Jahren 2015 bis 2017 durchschnittlich 5,5 Prozent des gesamten Sparvermögens von über 900 Milliarden Franken in der Form von **flüssigen Mitteln** vor sich her, was einer stolzen Summe von mindestens 50 Milliarden Franken entspricht. Und es ist kein Geheimnis, dass sich die Banken für die Verwahrung dieser Gelder schadlos hielten, indem sie den Vorsorgeeinrichtungen den **Negativzins** in Rechnung stellten.

Doch daraus ergibt sich erst ein Betrag von **375 Millionen** oder vielleicht auch 400 Millionen Franken, also bei weitem nicht die zwei Milliarden Franken, die **Rechsteiner und Kuprecht** für die Kassen nun einfordern. Ein Grossteil der Lasten berappen hiesige Grossunternehmen, welche die Dividendeneinnahmen aus ihren ausländischen Tochtergesellschaften nicht im Ausland reinvestieren, sondern in die Heimwährung zurückführen. Auch reiche Privatpersonen werden zur Kasse gebeten, wenn sie bei ihrer Bank mehr als fünf oder zehn Millionen Franken in bar halten."



[Luzerner Zeitung](#) /  [Jahresergebnis SNB](#)

AFIAA commits to building £200m City office block in London

6. März 2019



A Swiss pension fund displayed confidence in London by committing to starting construction this month on a £200 million Square Mile office block.

Investor AFIAA, working with property developer Stanhope, will convert Schrodgers former headquarters at 40 Gresham Street into a 170,000 square feet building, with 254 bike spaces, and shops and a café on the ground floor.

The building, which offers views of St Paul's Cathedral, will be completed by autumn 2020. It will be called Gresham St Paul's.

Bardo Magel, AFIAA'S head of asset management international, said: "We believe London is one of the world's most important and dynamic centres for financial services and the new media and tech industry."

 [Evening Standard](#)

Gulf producers cannot ignore Norway's retreat on oil

18. März 2019 By [pwirth](#) in [International](#), [Kapitalanlagen](#)

Almost 16 months ago, **Norway's Government Pension Fund (GPF)**, the country's sovereign wealth fund, announced it would divest from its oil and gas holdings to mitigate against drops in oil prices. The government established a commission to study the issue, and now a compromise has been reached.

The fund will **divest only from pure exploration and production (E&P)** plays, retaining integrated stocks in the likes of ExxonMobil, BP and Shell. Of its 341 oil-related stocks, 134 will have to go — \$7.5 billion of its \$37 billion portfolio — but that is only a dent (0.8 percent) in a fund worth a trillion dollars, \$632 billion of which is invested in equities. (...)

The reasoning behind diversifying the fund's assets from Norway's core economic activities makes sense given its dependence on oil and gas. The country is, after all, **Europe's largest producer**. Moreover, Norway does not play in the refining and chemicals sector, hence the limitation on divesting pure E&P plays. The value of E&P stocks is more susceptible to oil price swings, and the GPF also cited the record of supermajors in investing in renewable energy, like solar or wind, for hanging on to their shares.

The numbers and the motivation, though, are neither here nor there: It is the perception that matters. It is true that the oil industry will continue to be significant for Norway. According to BP's latest Energy Outlook, fossil fuels will still account for more than **60 percent of global energy demand** by 2040. Oil's share will be the largest, exceeding a quarter of the total.

 [Arabnews](#)

PK-GESCHÄFTSFÜHRUNG

IPE: Pension tech for dummies

13. März 2019

There is no shortage of new technologies that can improve retirement outcomes for pension fund members

Key points

- Blockchain and machine learning dominate the discussion
- These are complex technologies in an early stage of adoption
- Real time data analytics and common platforms are already operational and can save time and money
- The adoption of new technologies is critical to engagement

When it comes to technological innovation in pensions the two buzzwords are blockchain and artificial intelligence. Blockchain is potentially a revolutionary technology that could significantly reduce the costs associated with pension administration and custody. Artificial intelligence – or more specifically machine learning tools – also promises to optimise many areas of the industry. They could be used to improve communications with pension fund members or to deliver better investment returns.

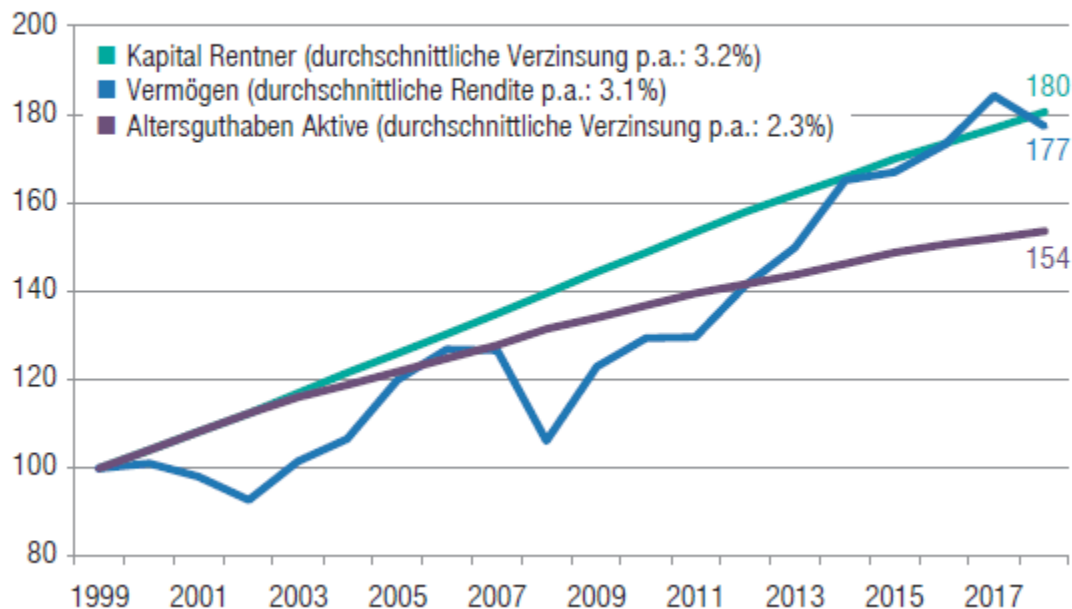
 [IPE](#)

VERSICHERTE

Ursachen von Umverteilung

13. März 2019

Indexierte Entwicklung ab dem Jahr 2000



Kate Kristovic und Matthias Wiedmer von Libera sind in der Schweizer Personalvorsorge 3-19 dem Problem der Umverteilung in den Vorsorgeeinrichtungen nachgegangen. Dabei unterscheiden sie zwischen der unbestrittenen und der umstrittenen Umverteilung. Zwangsläufig gerät dabei der Umwandlungssatz ins Blickfeld.

 [Artikel Libera](#)

"Mutterschaftsstrafe"

8. März 2019

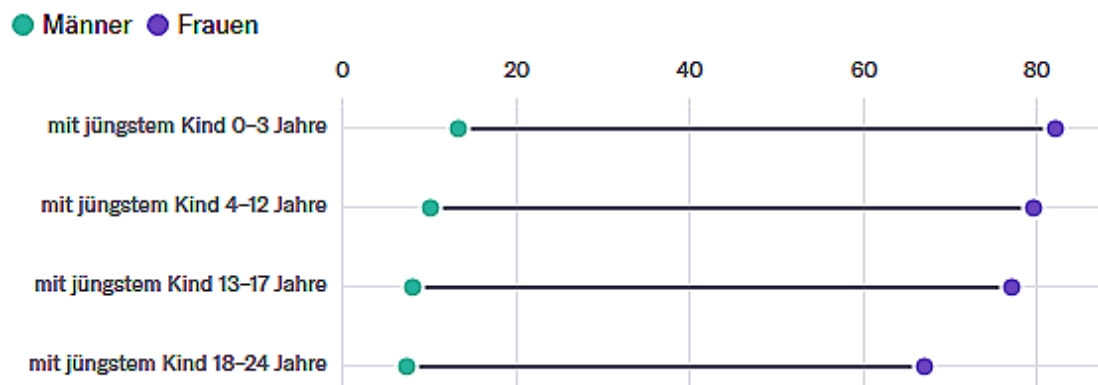
pw. Marie-José Kolly und Anna Wiederkehr untersuchen in der NZZ die Folgen von Mutterschaft auf das Einkommen der Frauen. Dazu werden die Untersuchungsergebnisse aus einer Reihe von Ländern herangezogen. Auffallend ist, dass nach der Geburt des ersten Kindes die Löhne der Frauen markant sinken und langfristig tiefer bleiben als jene der Männer. Die Differenz wird als "Mutterschaftsstrafe" bezeichnet.

Nicht erwähnt wird, dass kinderlose Frauen nur geringfügig tiefere Löhne beziehen als Männer. Man könnte auch von einem Kinderlosigkeitsbonus sprechen, wäre das nicht ganz unsinnig. Aber deutlich wird, dass mit krass wertenden Begriffen wie Mutterschaftsstrafe mehr Verwirrung als Klarheit geschaffen wird und für eine echte Analyse der Zusammenhänge und Hintergründe nichts gewonnen wird, falls das überhaupt beabsichtigt

war. Aber dazu wären beide Seiten der Situation von Frauen mit und ohne Kind gleichzeitig zu betrachten, was unterlassen wird.

Viele Frauen und nur wenige Männer arbeiten Teilzeit

25- bis 54-Jährige, 2017, in % der Erwerbstätigen



Quelle: [BFS](#) - Grafik: awi.



“Die Qualität der Pensionskasse entscheidet über die Rentenhöhe”

11. März 2019

Michael Schäfer schreibt in der NZZ: “Für viele Menschen ist die Pensionskasse die wichtigste Einkommensquelle des Lebens. So kann man überprüfen, wie solide die Kasse des gegenwärtigen oder künftigen Arbeitgebers ist”.

Zur Überprüfung wird hingewiesen auf die Bedeutung von Deckungsgrad, Wertschwankungsreserve, technischer Zins, Umwandlungssatz, Rentneranteil, Verzinsung der Altersguthaben, Anlagestrategie, überobligatorische Leistungen.

Die Angaben fände man im Jahresbericht, denn sollte man sich zur Verfügung stellen lassen, bevor man den Arbeitsvertrag unterschreibt, meint Schäfer. Den Besuch eines mehrtätigen Seminars zur Analyse der Qualität einer Kasse könnte man hier auch noch als Empfehlung anfügen.



Doppeltes Stimmrecht für Junge

14. März 2019

pw. Ein weiteres Beispiel dafür, zu welchen Kalbereien Professoren in der Lage sind, wenn sie sich aufs politische Parkett begeben. Der Lausanner Professor für Nachhaltigkeit Peter Knoepfel will jüngeren Stimmbürgern ein politisches Veto gegen die Alten verleihen. Im Gespräch mit der "Republik" erklärt er, warum man ein Diktat der Rentnerinnen verhindern müsse. Wir schlagen vor, um dem Vorschlag noch vermehrte Durchschlagskraft zu verleihen, den über 65jährigen gleichzeitig das Stimmrecht abzuerkennen. Weshalb sie im Angesicht des Todes und ohne noch über längere Zeit die Konsequenzen ihres Tuns zu erleben überhaupt noch an die Urne gelassen werden sollen, erscheint fragwürdig. Auszüge aus dem Gespräch:

Herr Knoepfel, Sie sind 70 Jahre alt, ich 41. Sie fordern, dass meine Stimme mehr politisches Gewicht haben soll als Ihre.

Richtig.

Wieso das?

Weil Sie doppelt unter einem Entscheid leiden oder von ihm profitieren werden. Ich habe noch zwanzig Jahre zu leben, vielleicht auch nur zehn. Ein politischer Entscheid, der jetzt gefällt wird, betrifft mich viel weniger als Ihre Generation. Sie werden die Probleme der AHV tatsächlich zu spüren bekommen. Darum mein Vorschlag, der Ihnen jetzt noch vier Jahre doppeltes Stimmrecht geben würde, bis Sie 45 sind.

Wie soll das funktionieren?

Wir kennen heute bereits das doppelte Mehr bei Verfassungsabstimmungen in Form des Ständemehrs. Ich würde bloss [den heutigen Verfassungstext](#) ergänzen. Es ist eine Idee, die ich jüngst für die Festschrift von Luzius Mader erarbeitet habe, der stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Justiz war. Der Auftrag an uns Autoren war: Macht Vorschläge, wie die Bundesverfassung reformiert werden könnte.

Und von Ihnen stammt der Vorschlag der Sperrminorität der Jungen.

Genau. Das hiesse dann in Artikel 142 zu Abstimmungen: «... sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der Stimmenden im Alter unter 45 Jahren sich dafür aussprechen.»

Das heisst, meine Stimme bleibt eine Stimme, aber sie würde einer Hürde zugerechnet, einer Art Jungen-Veto.

Ja, bei einer Verfassungsabstimmung wären dann drei Mehr nötig. Das der Gesamtheit der Abstimmenden, das Ständemehr und das Mehr der jungen Stimmen.

Sie sprechen die demografische Entwicklung an. Wenn in fünfzehn oder zwanzig Jahren die 65-Jährigen die grösste Gruppe ausmachen, könnten Rentnerinnen an der Urne alle anderen überstimmen.

Ja, die Alten werden noch viel mehr politischen Einfluss haben als heute. Wenn sie den für sich nutzen, etwa bei der Gestaltung der Altersvorsorge, kann das verheerende Folgen haben. Der Beitrag der jungen Generation könnte überstrapaziert werden. Dasselbe gilt für die Klimapolitik, mit der ich mich seit vielen Jahren befasse. Die grossen Verlierer sind auch

hier die Jungen. Schwierig könnte es auch beim Steuersystem werden und bei der Finanzierung des Gesundheitswesens.



AKTUARIELLES

Trendwende bei der Lebenserwartung?

11. März 2019

2015 ranking		
1	Japan	84.0
2	Switzerland	83.0
3	Spain	82.7
4	Australia	82.7
5	Italy	82.3
6	Norway	82.3
7	Sweden	82.2
8	France	82.2
9	Canada	82.0
10	Netherlands	81.5
11	Finland	81.4
12	Austria	81.2
13	Portugal	81.1
14	United Kingdom	80.9
15	Belgium	80.9
16	Denmark	80.7
17	Germany	80.6
18	United States	78.9

Daniel Zulauf schreibt in der Luzerner Zeitung über die internationale Entwicklung der Lebenserwartung, wo nach Jahrzehnten einer kontinuierlichen Zunahme in vielen Ländern eine Verflachung und teilweise sogar ein Rückgang zu beobachten ist.

"Die Dynamik des Prozesses hat die OECD durch einen Vergleich von zwei direkt aufeinanderfolgenden Fünfjahresperioden erfasst (2006–2011 und 2011 bis 2016). Die Untersuchung zeigt, dass die **Sterblichkeit** in 6 der 28 EU-Länder teilweise markant gesunken ist. Die Gruppe der Länder mit der ausgeprägtesten Verflachung erscheint ziemlich heterogen: Frankreich, Deutschland, Griechenland, Schweden, Portugal, die Niederlande und Grossbritannien.

Ähnliches stellt die amerikanische Universität **Princeton** fest. Gemäss einer Studie hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung ab Geburt in den Jahren 2014 bis 2015 in 12 von 18 analysierten Industrieländern mit hohem Wohlstandsniveau teilweise deutlich verschlechtert. (...)

Die **hiesige Lebenserwartung** hat sich von 2010 bis 2016 bei Männern um 1,7 auf 81,6 Jahre und bei Frauen um ein Jahr auf 85,4 Jahre erhöht. Doch auch für die Schweiz lässt sich aus der Princeton-Studie eine deutliche Verflachung der Kurve herauslesen – eine Beobachtung, die auch die «Swiss Life» auf Anfrage bestätigt. Nach dem Verständnis des Versicherers hält der **Trend zur Langlebigkeit** in der Schweiz aber weiterhin an. Eine eigentliche Trendwende sei noch nicht erkennbar.

Eindeutig ist dieser Befund aber nicht. Und genau das ist das Problem. Wird die Dynamik der aktuellen Entwicklung nämlich unterschätzt und der Verlauf der Lebenserwartung zu optimistisch beurteilt, resultieren daraus **hohe Kosten**. Unter dieser Annahme würden unnötig hohe Beiträge an Pensionskasse und AHV fällig, und auch die Prämien für Lebensversicherungspolice wären aus dieser versicherungstechnischen Sicht überzogen."

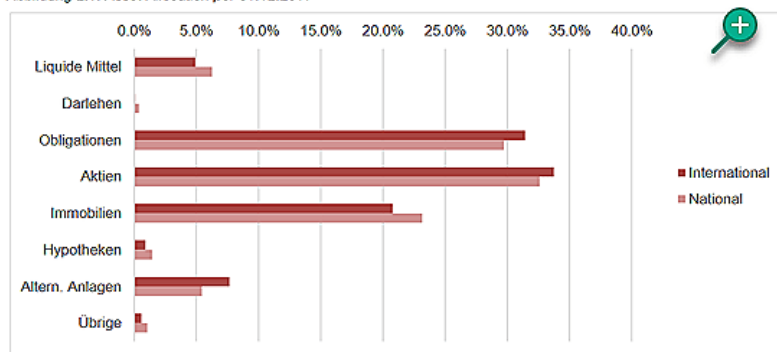


RECHNUNGSLEGUNG

Einfluss der Rechnungslegungs-Standards auf Pensionskassen

18. März 2019

Abbildung 2.1: Asset Allocation per 31.12.2017



Seit längerer Zeit sind Befürchtungen zu vernehmen, wonach internationale Rechnungslegungsstandards einen negativen Einfluss auf Schweizer Pensionskassen haben sollen. **Stephan Wyss** (Prevanto) und **Lukas Müller-Brunner** (Uni St.Gallen) haben hierzu eine neue Studie publiziert. Die verwendeten Daten stammen aus der Swisscanto Pensionskassenstudie.

Die Resultate: Entgegen der immer wieder zu hörenden **Vermutung**, sind Vorsorgeeinrichtungen mit einem Arbeitgeber, der nach internationalen Rechnungslegungsstandards rapportiert, durchschnittlich stärker in volatile Anlagewerte wie bspw. Aktien investiert. Auf der **Leistungsseite** zeigen sich zwar Unterschiede bei den Umwandlungssätzen, die aber im modellmässigen Leistungsziel durch höhere Beiträge und / oder eine höhere Verzinsung kompensiert werden können. Zudem bewerten Pensionskassen mit einem Arbeitgeber, der nach internationalen Standards bilanziert, ihre Verpflichtungen zwar statutarisch vorsichtiger, weisen gleichzeitig aber einen höheren **Deckungsgrad** auf. Nicht zuletzt zeigt die Studie auch, dass diese Kategorie der Arbeitgeber einen höheren prozentualen Anteil an den Sparbeiträgen übernimmt.

Das Gesamtbild der erhobenen Daten bestätigt somit die Resultate aus eines früheren Forschungsberichts: Die **Befürchtungen**, wonach Vorsorgeeinrichtungen mit einem Arbeitgeber, der nach internationalen Rechnungslegungsstandards bilanziert, grundsätzlich schlechtere Leistungen entrichten, entpuppen sich als **Mythos**.

Gleiches gilt für die oftmals gehörten Effekte, dass risikoärmere Anlagen (**De-Risking**) bevorzugt und die Finanzierung der Vorsorgeleistungen auf die Arbeitnehmer überwälzt werden. Stattdessen zeichnet sich ein Bild ab, nach dem Arbeitgeber mit einem internationalen Rechnungslegungsstandard die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nicht nur in ihren Büchern, sondern auch in denen der Pensionskasse mit vorsichtigen Parametern durchführen – was sich konsequenterweise auch auf die Höhe der Leistungsparametern auswirkt.



[Studie Rechnungslegungsstandards](#) / [Studie BSV-Studie 2015](#)

SOZIALVERSICHTUNG

EL-Reform in der Einigungskonferenz

8. März 2019



(sda) Wer mehr als **100'000 Franken Vermögen** hat, soll keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) haben. Bei Ehepaaren beträgt die Vermögensschwelle 200'000 Franken. Das schlägt die Einigungskonferenz bei der EL-Reform vor.

Die **Vermögensschwelle** hatte der Nationalrat in die Vorlage eingefügt, der Ständerat hatte sie bis zum Schluss bekämpft. In der Einigungskonferenz fiel der Entscheid mit 18 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen, wie die Parlamentsdienste am Donnerstag mitteilten. Der Ständerat hält die Regelung für administrativ aufwendig und schwierig zu vollziehen.

Dieser **Vorbehalt** bezog sich aber vor allem auf das sogenannte **gesicherte Darlehen**. Dieses soll verhindern, dass bedürftige Personen aus selbst bewohnten Liegenschaften ausziehen müssen, weil sie wegen der Vermögensschwelle keinen EL-Anspruch haben. Die Unterstützung müsste nach dem Tod zurückgezahlt werden, wobei die Forderung durch eine Hypothek auf der selbst bewohnten Liegenschaft gesichert wird.

Darauf will die Einigungskonferenz nun verzichten. Das Vermögen in Form von **selbst bewohnten Wohneigentum** soll nicht berücksichtigt werden, womit das hypothekarisch gesicherte Darlehen überflüssig wird. Das Wohneigentum fällt aber unter die gewöhnlichen Regeln der EL-Berechnung und wird dort abzüglich des Freibetrages als Vermögen angerechnet. Übersteigt der Nachlass eines EL-Bezügers oder einer EL-Bezügerin 40'000 Franken, muss die EL zudem zurückerstattet werden.

 [Parlament](#)

TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

MÄRZ

- 19. März, Interlaken
Biehler Stiftungsberatungen und Management
6. Vorsorgeforum. [Link](#)

APRIL

- 4. / 5. April, Olten
Schweiz. Verband der Sozialversicherungs-Fachleute, Reg. Nord-Ostschweiz
6. Oltner Sozialversicherungs-Tagung. [Website](#)

- 10. April, Lausanne
Swiss Life Pension Services
Pension Apéritif. [Website](#)

MAI

- 8 /9/10 mai, Montreux
Pittet / pwc
Journées de la Prévoyance. [Website](#)
- 10. Mai, Zürich
ASIP
Mitgliederversammlung
- 14. Mai, Bern
AWP Soziale Sicherheit
AWP-Tagung
- 15. / 16. Mai, Lausanne
Swiss Life Pension Services
Salon PPS. [Website](#)
- 23. Mai, Bern
Vorsorgeforum
Mitgliederversammlung
- 23. Mai, Luzern
HSG St. Gallen
BVG-Tagung. [Link](#)



Aus- und Weiterbildung

MÄRZ

- 19. / 26. März - 2. April. Luzern
VPS Verlag

Einführung in die Sozialversicherungen. Modulkurs. [Website](#)

- 21. März, Zürich
VPS Verlag
Knifflige Leistungsfälle aus der beruflichen Vorsorge. [Infos](#)
- 26 mars, Lausanne
Pittet
Notions de base de la LPP. [Website](#)
- 27. März, Zürich
ASIP
Ausbildung für die obersten Führungsorgane. [Details](#)
- 28. März, Zürich
VPS Verlag
Weniger liquide Anlagen. [Flyer](#)
- 27. / 28. Juni, Unterägeri
Fachschule für Personalvorsorge
Führungsaufgaben und Verantwortlichkeiten des Stiftungsrats (Stufe 2), [Infos](#)
- 28 mars, Lausanne
Pittet
La gouvernance d'une institution de prévoyance. [Website](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](#)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.